

Müşahid 5 Kurşun

ABONE

Dahil içtim: Aylık 1.75, 6 aylık 4.75, 12 aylık 8.50, bir senelik 15 lira.

Harici içtim: Aylık 3, 6 aylık 13, 12 aylık 25 R. M. yahut mukabil (Posta ücreti dahil olmak üzere).

İLANAT

1. Sahifede: santimetresiz 100 Kurşun
2. Sahifede: santimetresiz 50 Kurşun
3. Sahifede: santimetresiz 30 Kurşun

İdarehane:
Tekke Caddesi No 585ve 587
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu: Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd. 3 Monate 4.75 T. Pfd. 6 Monate 8.50 T. Pfd. 12 Monate 15 T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5 R. Mark. 3 Monate 13 R. Mark. 6 Monate 25 R. Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inlandrate 1 Seite 1 ein 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung
Tekke-Strasse Nr. 585-587
Druck und Vertrieb: Türkpost
Postfach: Pera 209 u. 210
Postfach: Galata 209

5 Jahrgang Nr. 1

Tagesszeitung für den Nahen Osten

Konstantinopel, Mittwoch, 1. Jan. 1933

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Cin, de exterritorialitatea igamni Was biogion dahi kabul etmemistir. Mir kabinet itifa etmistir. Olo, da kutup araziinin ibaki için bir konerans akt edilecektir. Çiçari yakında Ru'ya, ya avdet edecektir. Auch Washington lehnt die Aufhebung der Exterritorialität in China ab. Das ägyptische Kabinett ist zurückgetreten. In Oslo soll eine Konferenz über die Annullierung von Polargebieten stattfinden. Tschitscherin kehrt in Kürze nach Russland zurück.

Der Widerstand Indiens.

Berlin, 24. Dezember. Die Konferenz des britischen Vizekönigs Lord Irwin mit den Führern der indischen Nationalisten ist zusammengebrochen. Das indische Zentral-Komitee hat ein Manifest veröffentlicht, in dem für Indien der volle Dominienstatus sowie eine ausschliesslich aus Indern bestehende indische Armee gefordert wird. Ueber die Verwendung englischer Truppen in Indien heisst es in diesem Manifest, dass die Meinung weit verbreitet sei, dass die britische Regierung nicht die Absicht habe, dem indischen Volke jemals eine Selbstregierung zu gewähren und das deshalb die bisherige Armee weiterhin eine Wache in der Hand der britischen Regierung bleiben werde, um Indien im Zustand der Unterwerfung zu halten. Es sei von der grössten Wichtigkeit, dass die britische Regierung nicht länger zögere, dem indischen Volke Beweise dafür zu geben, dass diese Befürchtungen unbegründet seien. Die Erteilung des Rechtes an die indischen Provinz-Regierungen örtliche Armeen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Inneren zu bilden, würde ein bedeutsamer Schritt in dieser Richtung sein. Die in dem Dokument aufgestellte Forderung wird als Mindestforderung bezeichnet, der Bericht warnt ferner England, dass sich ihm vielleicht die letzte Gelegenheit biete, die freundschaftliche Mitarbeit des indischen Volkes bei der Gestaltung der Zukunft Indiens zu gewinnen.

Das Protokoll des Zentral-Komitees umfasst nicht weniger als 428 Seiten, wovon nur etwa ein Fünftel dem eigentlichen Bericht gewidmet ist. Den Rest bilden verschiedene Vorbehalte und Memoranden der einzelnen Ausschussmitglieder. Dadurch ist aber der Beweis geliefert, dass Indien im Grunde kein einheitliches Verwaltungsgebiet ist. Das ist ein Umstand, der den Engländern sehr zu nutzen kommt. Es gibt bekanntlich in Indien fast unabhängige Fürstentümer, deren Herrscher zu England in einer Art Vasallen-Verhältnis stehen. Ein britischer Präsident in den Hauptstädten dieser Maharadschas sorgt allein dafür, dass die englischen Interessen gewahrt bleiben. Es gibt andere Provinzen, die ganz unter englischer Verwaltung stehen. Die mohammedanische Bevölkerung Indiens vertritt sich nicht mit den Hindus. Noch letzters toben blutige Religionskämpfe und wenn auch die Mohammedaner am indischen Zentral-Komitee teilnehmen, so ist doch ihre Einstellung eine andere wie die der indischen nationalen Führer.

Das indische Zentral-Komitee befindet sich ausserdem scheinbar im Gegensatz zu den Swardachisten, deren Führer Motilal Nehru in einer Unterredung mit dem Vizekönig noch viel weitergehende Forderungen aufstellte. Er verlangte, sofort mit der Ausarbeitung der Verfassung des Dominiums zu beginnen. Demnach halten die Swardachisten die Verleihung des Dominiumstatutes an Indien bereits als eine beschlossene Sache. Es ist selbstverständlich, dass England sich nicht damit einverstanden erklären wird, die im Protokoll aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Namentlich die Schaffung von indischen National-Armeen in den einzelnen Provinzen wird eine ständige Gefahr für den britischen Einfluss sein. Es ist schwer abzusehen, wie sich die Dinge weiter in Indien entwickeln werden. Da England eine besondere Gunst in der Verwaltung der von ihm abhängigen Länder besitzt, darf vorausgesetzt werden, dass es der britischen Kanzlei und dem Vizekönig gelingen wird, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden.

Enis Bej beim griechischen Staatspräsidenten.

In Athen ist vorgestern nachmittag der türkische Gesandte Enis Bej vom neuen griechischen Staatspräsidenten Saimis empfangen worden. Saimis und Enis Bej versicherten einander ihres lebhaften Wunsches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland möglichst bald vollständig wieder hergestellt zu sehen.

Das Zugunglück bei Bos Oejuik.
Auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung über die Ursache des vorgestrigen Zusammenstosses zweier Güterzüge in Bos Oejuik ist der Lokomotivführer des aus Biledschik gekommenen Zuges, der auf den Zug aus Eskishehir auffuhr, vorläufig aus dem Dienst entlassen worden.

Ministerwechsel in Griechenland.

Athen, 31. Dezember. Das Rücktrittsgesuch des Innenminister Papas wurde genehmigt. Zu seinem Nachfolger wurde der Abgeordnete Sideres ernannt, der sich gegenwärtig in der Schweiz befindet. Der Finanzminister Maris wird das Ministerium vorläufig verwalten.

Veränderungen bei der Deutschen Gesandtschaft in Athen.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“) Athen, 30. Dez. Der seit Jahren der Deutschen Gesandtschaft in Athen zugehörige Gesandtschaftsrat Imvelini ist von Athen abberufen worden und kehrt nach Berlin zurück.

Das Frauenstimmrecht in Griechenland.
(Eigener Dienst der „Türkischen Post“) Athen, 30. Dez. Der Ministerrat hat das Dekret genehmigt, das den Frauen das Stimmrecht für die Gemeindevahlen zuseht, und dasselbe dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegt. Jede Frau von 30 Jahren ab darf wählen, vorausgesetzt, dass sie lesen und schreiben kann. Für die Frauen werden besondere Wahllisten aufgestellt.

Erdstöße in Griechenland.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“) Athen, 30. Dez. In den letzten Tagen wurden verschiedene starke Erdstöße in Griechenland beobachtet, die besonders heftig in dem bekannten Erdbebenzentrum Korinth, aber auch in Makedonien verspürt wurden. In Serres war das Beben so stark, dass die Bewohner der Stadt panikartig die Häuser verliessen. Auch in Athen wurde eine starke, langandauernde Erschütterung festgestellt.

Politische Verhaftungen in Kiew. Eine polnische Spionagezentrale?

Charkow, 31. Dezember. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer weitverzweigten gegenrevolutionären Organisation, die nach der sowjetfiktiven Darstellung auf eine Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion hinarbeitete, hat jetzt die G. P. U. in Kiew eine Organisation entdeckt, die als das Zentrum einer polnischen Spionageorganisation bezeichnet wird. Die G. P. U. verhaftete einen gewissen Winogradow, der Sowjetstaatsangehöriger ist, in dem Augenblick, als er Geheimdokumente der Roten Armee an zwei Polen übergeben wollte, die als Beamte des polnischen Konsulats galten, nach den Ermittlungen der G. P. U. aber Offiziere in der zweiten Abteilung (Nachrichtendienst) des polnischen Generalstabes sind. Ferner sind noch 33 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Charkower Sowjetpresse sieht es als bereits erwiesen an, dass die polnische Spionage und die separatistische ukrainische Bewegung im Zusammenhang stehen und erwartet für die nächste Zeit noch weitere Enthüllungen.

Die Verteilung der Polargebiete.

Kopenhagen, 31. Dezember. Nach einer Meldung aus Oslo soll eine Konferenz aller an den Polarforschungen interessierten Länder einberufen werden, um eine endgültige Ordnung über die Art zu treffen, wie zukünftig Neuland in den arktischen Gebieten annektiert werden kann.

Die kritische Lage in Indien.

Ein Zwischenfall in Lahore.

London, 31. Dez. (A.A.) Anlässlich der Tagung des Allindischen Kongresses kam es gestern in Lahore zwischen Polizeibeamten und zwei Freiwilligen, wie sie die Ordnung auf dem Kongress aufrecht erhalten, zu einem Zusammenstoss. Die Freiwilligen sollen die Polizisten angegriffen haben, und zur Verstärkung eingetroffene weitere Polizeibeamten verlangten, dass die beiden Freiwilligen sich verhaften liessen. Eine große Volksmenge versammelte sich, und es drohte ein gefährlicher Zusammenstoss, als Gandhi persönlich den beiden Indern empfahl, der Polizei nachzugehen. Der gefährdrohende Zwischenfall blieb daher vermieden.

Ein Gegner von Lahore.

London, 31. Dez. (A.A.) Aus Madras wird gemeldet, dass der einflussreiche Führer der Kongresspartei und Mitglied des Provinzialkongresses von Madras Dr. Varadarajulu Naidu die jüngsten Beschlüsse des Allindischen Kongresses verurteilt und als Zeichen des Protestes seine politischen Aemter niedergelegt hat.

China und die Exterritorialität.

Washington, 31. Dez. (A.A.) Im Staatsdepartement ist man weiter der Ansicht, dass Privilegien der Amerikaner in China durch die kürzliche Verordnung der Regierung von Nanking über die Aufhebung der exterritorialen Rechte nicht beeinträchtigt werden. Es wird erklärt, dass die amerikanischen Gerichte in China ihre Tätigkeit gemäss den exterritorialen Rechten fortsetzen werden und dass die Regierung der U. S. A. bereit ist, entsprechende Massnahmen zum Schutze der Rechte ihrer Staatsangehörigen in China für den Fall zu treffen, dass dieselben durch die jüngste Entscheidung Chinas verletzt werden würden. Von verschiedenen Seiten wird ausserdem erklärt, dass die amerikanische Regierung ihre exterritorialen Rechte in China im Jahre 1934 mit dem Ablauf des gegenwärtigen chinesisch-amerikanischen Vertrages aufgeben wird.

Washington, 31. Dezember. Der Vorsitzende der Aussenkommission des Repräsentantenhauses erklärte, dass die Vereinigten Staaten ihre Exterritorialitätsrechte in China zu geeigneter Zeit, aber sobald als möglich aufgeben werden. Das neue amerikanische Konsulatsgebäude in Schanghai enthält bereits kein Räume mehr für Gerichtssaal und Gefängnis.

Schanghai, 31. Dezember. Zu der Ablehnung der chinesischen Forderung der Aufhebung der Exterritorialität durch die Regierungen in London, Washington und Paris veröffentlicht die Nankingregierung eine Kundgebung, die besagt, dass das Dekret über die Aufhebung nur das Vorspiel für die Beendigung der gegenwärtigen Zustände sei. Die guten Wünsche der Mächte habe man vernommen, und die chinesische Regierung wird ihnen in Kürze ein Projekt über die zu ergreifenden Massnahmen vorlegen.

Portugal soll China die Insel Makao zurückgeben.

Peking, 31. Dezember. Die chinesischen Nationalverbände haben Tschiangkai-schek eine Denkschrift übermittelt, in der sie von Portugal die Rückgabe der Insel Makao auf der bekanntlich Unruhen ausgebrochen waren, verlangen. Die Verbände erklären, dass diese Insel zu China gehöre und nur in einem Augenblick geraubt wurde, als das chinesische Volk zu schwach war, sein Eigentum zu verteidigen. Von der chinesischen Regierung wird die sofortige Einleitung der Verhandlungen mit Portugal verlangt.

Neujahrs-Amnestie in Frankreich.

Paris, 31. Dez. (A.A.) Der Präsident der Republik hat ein Dekret unterzeichnet, das die Begnadigung des Royalistenführers Leon Daudet und mehrerer verantwortlicher Redakteure sowie Verkäufer kommunistischer Zeitungen und Flugschriften auspricht.

Die indischen Nationalliberalen.

London, 31. Dez. (A.A.) Der Parteitag der indischen National-Liberalen verurteilte in Madras einstimmig das auf den Vizekönig von Indien verübte Attentat und beglückwünschte Lord Irwin zu seiner Rettung. Desgleichen nahm der Parteitag den Antrag des Sir Bahadur Sapru an, der die Erklärung des Vizekönigs vom 31. Oktober über die Vorbereitung eines Dominien-Statuts für Indien willkommen heisst. Der Antrag bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass dadurch Indien in der Stand gesetzt werden würde, mit England auf gleichem Fusse über seine künftige Verfassung zu verhandeln. Der Antrag befürwortet endlich die mögliche baldige Einberufung der Round-Table-Konferenz.

Eine Verhaftung in Batavia.

Amsterdam, 31. Dez. (A.A.) Von Java wird gemeldet, dass in Batavia einer der Hauptführer der nationalistischen Bewegung in Niederländisch-Indien verhaftet worden ist. Der Name des Verhafteten wird nicht bekannt gegeben.

Die Unruhen in Nigerien.

London, 31. Dezember. Ein neues Telegramm des Generalgouverneurs von Nigerien teilt mit, dass sich die Lage in der Provinz Kalabau allmählich verbessert. Eine gewisse Bewegung mache sich noch unter den Eingeborenen von Aro und Union auf der linken Ufer des Cross-Flusses bemerkbar, doch würden sämtliche Strassen der Provinz jetzt von Patrouillen kontrolliert und seien ungefährdet. Nach den letzten Nachrichten herrscht in Nigerien Ruhe. Die von Port Harcourt eintreffenden Truppen werden in Ahoada zusammengezogen, um dann gegen die Bewegung eingesetzt zu werden. Die allgemeine Lage ist befriedigend.

Zu den Unruhen auf Samoa.

London, 31. Dez. (A.A.) Das neuseeländische Kabinett hat nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten beschlossen, dem Administrator von Samoa im Falle einer neuen Aggression von Seiten eingeborener Aufwiegler aller erforderlichen Hilfsleistungen zu gewähren.

Die Ursache des Zwischenfalls.

Wellington, 31. Dez. Die Tumulte in Apia sind darauf zurückzuführen, dass die Polizei einige Teilnehmer der von den Eingeborenen veranstalteten Demonstration aus dem Zuge heraus verhaften wollte.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50 50 Pfaster.

letzte Telegramme.

Deutschland und der Youngplan.

Berlin, 31. Dezember. Der Reichsaussenminister Curtius erklärte Pressevertretern, dass Deutschland den Youngplan nur unterzeichnen werde, wenn alle Schwierigkeiten vollkommen geregelt seien. Man sieht daher in Berlin voraus, dass die Konferenz sich möglicherweise einige Zeit in die Länge ziehen wird. Das Reich wird auch von den Alliierten fordern, dass alle Sanktionen fortfallen, sobald Deutschland nicht mehr im Stande sein sollte zu zahlen.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts.

Kairo, 31. Dezember. Infolge des Wahlsieges der Nationalisten ist das ägyptische Kabinett zurückgetreten.

Aus Deutschland.

Der Nachfolger Schurmans.

Berlin, 31. Dez. (A.A.) Zum Nachfolger des kürzlich zurückgetretenen hiesigen amerikanischen Botschafters Schurman ist das Mitglied des amerikanischen Senats für Louisville Frederick Sackett ernannt worden.

Dr. Maybach †.

Berlin, 31. Dezember. Der Gründer der Maybachwerke und Mitbegründer der Daimler Motorenengesellschaft, Dr. Maybach, starb nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 84 Jahren.

Ein österreichisch-griechisches Abkommen.

Wien, 31. Dezember. Zwischen Oesterreich und Griechenland wurde ein Abkommen getroffen, das die Entschädigung für die griechischen Reeder festsetzt, deren Schiffe während des Weltkrieges torpediert worden sind. Oesterreich zahlt darnach binnen 8 Jahren 8,5 Millionen Goldkronen.

Auto-Unglück.

Berlin, 31. Dezember. In der Nacht fuhr ein mit 8 Personen besetztes Mietauto in voller Fahrt am Hafenkopf Emmerich die steile Böschung hinunter, prallte gegen eine Mauer und stürzte in den Rhein.

Schwere Stürme über Westdeutschland.

Köln, 31. Dezember. In Westdeutschland herrschte gestern ein orkanartiger Sturm der in verschiedenen Städten ausserordentlich grossen Schaden anrichtete. Die Feuerwehr musste an vielen Stellen helfend eingreifen. In Dortmund stürzte während des Sturmes ein beinahe fertiger Neubau einer Kirche zusammen.

Protest der ukrainischen Kolonie in Deutschland gegen den Sowjetterror.

Berlin, 31. Dezember. Die ukrainischen nationalen Organisationen in Deutschland haben durch ihre in Berlin versammelten Vertreter eine Protestkundgebung gegen den bolschewistischen Terror in der Sowjet-ukraine erlassen. Die Aufmerksamkeit der Kulturwelt wird darin auf „die Grausamkeiten der Sowjetregierung“ gelenkt, die „die Vernichtung der ukrainischen nationalen und kulturellen Führer sowie der weltlichen und geistlichen führenden Schichten“ zum Ziel habe. Der Aufruf ist von 12 ukrainischen Organisationen unterzeichnet, u. a. von der ukrainischen Studentenverbände in Deutschland, der Vereinigung ehemaliger ukrainischer Offiziere, dem Verband der ukrainischen Nationalisten und dem Klub der Hetman-Anhänger.

Tschitscherin kehrt zurück.

Berlin, 31. Dezember. Aus Wiesbaden wird berichtet, dass der russische Volkskommissar für das Auswärtige, Tschitscherin, der sich seit längerer Zeit aus Gesundheitsrücksichten dort aufhielt, in Kürze nach Russland zurückkehren wird.

Banditentätigkeit in Palästina.

Jerusalem, 31. Dezember. In letzter Zeit hat das Banditentumwesen in Palästina wieder zugenommen. U. a. wurden kürzlich 7 arabische Polizisten von Banditen angegriffen. Auch wurden auf der Strasse Jerusalem-Jaffa mehrere Autos von Banditen angehalten.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts.

Kairo, 31. Dezember. Infolge des Wahlsieges der Nationalisten ist das ägyptische Kabinett zurückgetreten.

Zeit und Ewigkeit.

Neujahrsgedanken von Karl Heinz Tobruer.

Menschen- und Völkerschicksale kann kein Kalender regeln. Und doch gilt der Jahreswechsel als eine willkommene Gelegenheit für Rück- und Ausblicke. Schon der Ablauf eines einzigen Jahres lässt die Erkenntnis reifen, dass die Welt in ihrer Entwicklung zwar von entscheidenden Augenblicken, aber auch von den gesammelten Ereignissen einer längeren Zeitspanne beeinflusst wird. Daher ist eine im Rahmen des Möglichen erstrebte „Politik auf lange Sicht“ selbstverständlich geworden, heute mehr als einst. Je grösser jedoch diese Zeitspanne ist, um so unzuverlässiger können die mit ihr verbundenen Ziele werden, weil allen der Blick ins Weite fehlt und weil selbst die ausgeklügeltsten Pläne menschliches Stöckwerk bleiben. So entsteht ein ewiges Auf und Nieder, ein unausgesetztes Wechselspiel im Leben des Einzelnen wie der Völker.

Uns Deutschen bietet diese Tatsache Trost im Unglück. Wir fühlen die Last der Gegenwart und ahnen die Sorgen des neuen Jahres; wir leiden unter dem Bestreben anderer Nationen, durch langfristige einseitige Abmachungen uns in gleichberechtigtiger Daseinsgestaltung zu hemmen; aber wir erkennen auch die Mängel solcher „Politik auf lange Sicht“. Denn das Land, das uns geboren hat, bleibt auch demenHeimat, die unserm Reiche entrissen wurden; in den Gebieten, die unter fremder Besatzung stehen, schlagen die gleichen deutschen Herzen wie bisher; auf den Abgaben, die man uns für unbestimmte Zeit und in unerträglicher Höhe aufbürdet, ruht kein Segen, und die Taktik, uns trotz entsagungsvoller Nachgiebigkeit und christlichen Friedenswillens von einer Konferenz zur anderen zu verfrachten ist eine Methode, die sich schliesslich als ebenso unhalthar wie einseitige Verträge erweisen wird. Unhaltbar deshalb, weil eine Wendung zwar nicht von heute auf morgen erzwungen werden, wohl aber dadurch entstehen kann, dass einerseits unsere Kraft und Geduld überschätzt und andererseits die kommenden unausbleiblichen Mächtigverschiebungen übersehen wurden. Das ewige Auf und Nieder kennt besonders im jetzigen Zeitalter keine so „lange Sicht“ wie gewisse Pläne und Verträge aufweisen. Schon ein Rückblick auf das letzte Jahrzehnt zeigt, wie rasch, weitgreifend und dennoch nicht gefestigt in fast allen Weltteilen Veränderungen entstehen konnten, die nur Vorläufer einer neuen Gestaltung sind, welche auch Deutschlands Schicksal beeinflussen wird, sobald wir Wille und Selbsterhaltungstrieb bekunden werden.

Wenn also zur Jahreswende der sonst leere Begriff „Zeit“ für uns Deutsche einen Inhalt erhalten soll, so in dem Sinne, dass wir Unfreiheit, Lasten und Friedlosigkeit nicht als erträglichen Dauerzustand, sondern nur als Uebergang auffassen. Schon deshalb ist es ein Gebot der Stunde, den Blick aller Volksgenossen auf ein Zukunftziel zu lenken, das der ganzen Nation und ihrem künftigen Schicksal, nicht aber den Gegnern und dem inneren Hader dient. Nie wird es gelingen, die verschiedenen Meinungen, Absichten und Handlungen, die in unserem grossen Volkskörper lebendig sind, völlig miteinander auszugleichen; aber die zu fördernde Erkenntnis, dass das Schicksal des Einzelnen mit dem des Vaterlandes untrennbar verknüpft ist, kann und muss alle Elmstichtigen zu einer Einheit veranlassen, die wenigstens bei jenen Fragen und Entscheidungen vorherrscht, welche die wichtigsten Belange unserer Zukunft bestimmen. In dieser Hinsicht erwachsen Führern und Gefolgschaft Aufgaben, deren Tragweite die Erfahrungen und Enttäuschungen der letzten Jahre, erst recht aber die zu schwer gewordenen Daseinskämpfe und kommenden Sorgen hinreichend kennzeichnen. Eine solche „Politik auf lange Sicht“ ist richtiger und zuverlässiger als die der anderen,